

US-Militärpolizisten und Zivilangestellte gehen gegen eine Mahnwache des Ansbacher Friedensbündnisses vor, mit der vor einer US-Kaserne in Katterbach gegen den ständig zunehmenden Übungslärm der US-Kampfhubschrauber protestiert werden soll.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 093/09 – 23.04.09

US-Zivilisten zerstören Friedenstransparent und Protestschild, US-Militärpolizisten nötigen eine Journalistin, Fotos in ihrer Kamera zu löschen!



Mahnwache mit dem auf dem Boden liegenden zerstörten Transparent (Foto: Fränkische Landeszeitung)

Der für die Organisation der Mahnwache verantwortliche Friedensfreund Jürgen Wangler hat dem US-Standortkommandanten Col. Christopher M. Hickey folgenden offenen Brief geschrieben:

Offener Brief

Ansbach, den 21. April 2009

an den Standortkommandeur Oberst Christopher M. Hickey

Sehr geehrter Herr Oberst Hickey,

ich möchte Sie gerne an Ihre Aussagen während der Stadtratssondersitzung zum militärischen Ausbau des US-Stützpunktes in Ansbach vom 13. November 2008 erinnern. Damals betonten Sie mehrfach, dass Sie sehr großen Wert auf die gute Nachbarschaft mit den Ansbachern legen.

Zwischen 17.00 Uhr und 18.00 Uhr musste ich am Montag, dem 20. April 2009, leider mei-

nen Arbeitsplatz verlassen, da mich ein Hilferuf der Mahnwache des Ansbacher Friedensbündnisses am Tag 1 der „Operation Franconian Freedom – Yes we can!“ in Katterbach vor den Toren der US-Kaserne erreichte.

Eine sehr junge (ca. 20 Jahre alt) Streifeneinheit der US-Militärpolizei war mit dem Erscheinen von vier (!) Teilnehmern einer, bei deutschen Behörden angemeldeten und genehmigten, Mahnwache sichtlich überfordert und gaben sich uninformiert.

Sie nötigten eine anwesende Journalistin sämtliche Fotos auf ihrer Kamera zu löschen, obwohl keine sicherheitsrelevanten Aufnahmen (z.B. vom direkten Eingangsbereich oder dem Flugfeld der Militäranlage) gemacht wurden. Die Journalistin traute sich erst wieder zurück, nachdem die bayerische Polizei aus Ansbach mit mehreren Streifenwagen vor Ort war und machte, quasi unter Polizeischutz, ein Foto der Mahnwache für Ihren Zeitungsbericht.

Während des Disputes mit der US-Militärpolizei zerstörten zwei US-Angehörige (angeblich Zivilangestellte) das mitgebrachte Friedenstransparent und ein Pappschild der Mahnwache mit den Worten „räumt Euren Müll weg“ und bedrohten verbal Teilnehmer der Mahnwache.

Wir haben Anzeige wegen Sachbeschädigung erstattet, behalten uns aber weitere Schritte vor deutschen Gerichten wegen Behinderung von Grundrechten, wie Demonstrations- und Meinungsfreiheit, gegen die US-Armee vor.

Als Anmelder dieser Mahnwache (und sämtlicher Aktivitäten des Ansbacher Friedensbündnisses und der Bürgerinitiative „Etz langt`s!“ während der letzten 2 ½ Jahre) bin ich erstaunt und auch schockiert über dieses Verhalten der US-Armee und ihrer Angehörigen!

Die Anmeldung dieser Aktionswoche mit dem Titel „Operation Franconian Freedom – Yes we can!“ (tägliche Mahnwachen mit 2-4 Teilnehmern) ging nicht nur an das zuständige Ordnungsamt Ansbach, sondern als Kopie auch an die Pressestelle der US-Armee (namentlich Frau Nombamba). Das heißt, dass die US-Armee seit über drei Wochen von dieser Mahnwache wusste und von mir vorab und direkt darüber informiert wurde!

Das Ordnungsamt der Stadt Ansbach, die Polizei und auch die US-Armee haben während dieser 2 ½ Jahre unseres zivilen und friedlichen Protestes feststellen können, dass wir uns in dieser Zeit jederzeit friedlich und gewaltfrei an die getroffenen Vereinbarungen gehalten haben.

Das erwarten wir auch von der US-Armee!

Da ich der US-Armee keine stümperhafte Unprofessionalität vorwerfe, gehe ich davon aus, dass die Geschehnisse des gestrigen Tages kein Zufall waren. Dies betrifft die eingesetzte (uninformierte?) MP-Streife, genauso wie die (zufällig?) anwesenden (zivilen?) US-Angehörigen.

Weniger zufällig war wohl die Anwesenheit des Bundeskriminalamtes (BKA) aus Wiesbaden bei der Auftaktkundgebung des Ansbacher Ostermarsches vor der US-Kaserne in Katterbach.

Während des Ostermarsches waren mehrere Stadträte, eine Abgeordnete des bayerischen Landtages und ein Abgeordneter des Europäischen Parlamentes (aktiv) anwesend. Wurde auch der offizielle Vertreter der Stadt Ansbach, Bürgermeister Hüttinger von BKA und US-Armee überwacht?

Bei der gestrigen Mahnwache waren neben einem von US-Fluglärm betroffenen Ansbacher und einer Journalistin der örtlichen Presse, der Kreisvorsitzende der SPD Ansbach-Land, ein Ansbacher Stadtrat und ein Bezirksrat von Mittelfranken anwesend.

Wer sich, wie die US-Armee, offiziell für die Durchsetzung von „freedom and democracy“ einsetzt, sollte sich über Nachfragen über die Mittel und Wege nicht wundern, wenn die einheimische Bevölkerung und ihre demokratisch gewählten Volksvertreter (von der örtlichen bis hin zur europäischen Ebene) von der US-Armee derart eingeschüchtert, überwacht, bespitzelt und drangsaliert werden!

In Erwartung einer Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Jürgen Wangler

Organisationsverantwortlicher des Ansbacher Friedensbündnisses
Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative „Etz langt`s!“

(Es folgen Anschrift und Telefonnummer)

Unser Kommentar

Wir teilen die Empörung der Ansbacher Friedensfreunde über die massiven Eingriffe von Angehörigen der US-Stationierungstreitkräfte in die in Art. 5 GG garantierte Meinungs- und Pressefreiheit und die in Art. 8 GG garantierte Versammlungsfreiheit deutscher Staatsbürger.

Die den US-Streitkräften in der Bundesrepublik allein zu Verteidigungszwecken zeitweise überlassenen Liegenschaften sind und bleiben Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Durch die US-Nutzung werden sie nicht zu US-Enklaven oder rechtsfreien Räumen. Auch in diesen Liegenschaften und in ihrer Umgebung gelten das Grundgesetz und alle sonstigen deutschen Gesetze. Nur der interne Dienstbetrieb der US-Streitkräfte vollzieht sich nach US-Gesetzen und nach den Dienstvorschriften der US-Streitkräfte.

Die geschilderten Vorkommnisse vor der US-Kaserne in Katterbach waren also eindeutig schwere Verstöße gegen uneingeschränkt geltendes deutsches Recht und sind entsprechend zu ahnden. Es wird höchste Zeit, die hier stationierten US-Streitkräfte endlich in ihre juristischen Schranken zu weisen und ihnen klar zu machen, dass die Bundesrepublik ein souveräner Staat ist, dessen Gesetze und Bürgerrechte zu achten sind. Ansonsten sollten sich auch deutsche Regierungen und Behörden daran erinnern, dass der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Frist von nur zwei Jahren jederzeit zu kündigen ist.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern